№ 170 Abend-Ausgabe
B 84

Berlin

Mittwoch, 11. April 1923

Vossische Zeitung

Gegründet 1704

150 Mark

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelsl.): Jul. Elbau, Berlin. Unverl. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Amt Dönhoff 3600—3663, für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3686—3695. Telegramm-Adresse: Ulsteinhaus. Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Staatssekretär Hamm freigelassen

Einen Tag festgehalten.

Der Staatssekretär in der Reichskanzlei Dr. Hamm ist heute vormittag wieder in Berlin eingetroffen. Er ist von den französischen Besatzungstruppen nach etwa 24stündiger Haft gestern abend freigelassen und unter Eskorte nach dem Bahnhof Scharnhorst gebracht worden, von wo er die Rückreise nach Berlin antreten konnte.

Ueber die Festhaltung des Staatssekretärs der Reichskanzlei, der sich zu den Trauerfeierlichkeiten nach Essen begeben wollte, erfahren wir folgende Einzelheiten: Staatssekretär Hamm ist am Montag abend in Scharnhorst aus dem Zuge herausgeholt worden, ebenso der ehemalige Reichspostminister Giesberts und der frühere preußische Ministerpräsident Stegerwald, die sich in demselben Zuge befanden. Mit diesen beiden Herren wurde der Staatssekretär dann in einem ausrangierten Eisenbahn-Postwagen vernommen.

Als Grund der Verhaftung wurde angegeben, daß ein Einreiseverbot für Minister und Regierungsmitglieder erlassen worden sei. Staatssekretär Hamm wies darauf hin, daß er weder Minister noch Regierungsmitglied sei; diese Erklärung wurde aber nicht akzeptiert. Sein Verlangen, daß er sich sofort an den General wenden dürfe, wurde abschlägig beschieden und bei dieser Gelegenheit bemerkt, daß für den Tag der Trauerfeier besonders strenge Befehle wegen der Einreisekontrolle erlassen worden seien. Auf der Liste der Personen, deren Einreise verhindert werden solle, ständen an erster Stelle die Namen des Reichskanzlers Dr. Cuno und des Staatssekretärs Hamm.

Die drei Herren wurden dann noch in der Nacht im offenen Auto unter militärischer Bedeckung nach Castrop gebracht, wo sie die Nacht in einem schlecht geheizten Schulraum verbringen mußten.

Die Vorstellungen des Staatssekretärs, daß er noch immer seine Gelegenheit gehabt habe, etwas gegen seine Verhaftung einzuwenden, wurden nicht beachtet. Dienstag vormittag um 10 Uhr wurden dann Stegerwald und Giesberts vom Divisionsgeneral die Erlaubnis zur Abreise gegeben, Staatssekretär Hamm aber weiter festgehalten. Erst abends um 8 Uhr traf eine Depesche des Generals Degoutte ein, daß Staatssekretär Hamm durch einen Offizier an die Grenze des besetzten Gebietes zu bringen und ihm unter Androhung schwerer Strafe das Widerbetreten des besetzten Gebietes zu verbieten sei.

Staatssekretär Hamm hat gegen dieses Verbot selbstverständlich scharfen, schriftlichen Protest an die Adresse des Generals Degoutte gerichtet und ist dann im Auto von Castrop nach Scharnhorst und von da an den D-Zug gebracht worden, der ihn nach Berlin führte.

Die Regierung wird gegen die Festnahme des Staatssekretärs Hamm durch die französische Besatzungsbehörde bei der französischen Regierung schärfstens Protest erheben. Die Nachricht, daß es dem preußischen Staatssekretär Göhre gelungen sei, unbehindert an den Trauerfeierlichkeiten teilzunehmen, ist unrichtig, Göhre ist nicht nach Essen gereist.

Selbst die Franzosen bewundern — nur die Kommunisten stören.

Drahtmeldung unseres Sonderberichterstatters.

ams **Essen**, 11. April.

Die großartige Trauerfeier für die Opfer vom Osternsonnabend ist unter Beteiligung von Hunderttausenden ohne Störung verlaufen. Die Franzosen haben wie verlautet die Ordnung und Würde bewundern müssen, die bei dem Aufmarsch und bei der Feier gebrscht haben. Insbesondere sind die Franzosen darüber erstaunt gewesen, daß keinerlei Tafeln oder Fahnen mit gegen sie gerichtete Inschriften im Zuge getragen worden sind. Die deutsche Bevölkerung hat gezeigt, daß sie ihre Toten würdig zu ehren versteht.

Den Kommunisten allein ist es vorbehalten gewesen, zu versuchen, einen Mißklang herbeizuführen. Sie hätten am liebsten die ganze Feier für sich in Anspruch genommen, weil unter den Opfern sich das kommunistische Mitglied des Betriebsrates, Zander, befand. Aber da das begreiflicherweise an dem starken Widerstand der anderen Parteien gescheitert ist, suchten sie wenigstens nach außen hin ein so starkes Aufgebot als möglich zu zeigen. Sie erschienen mit einem Riesenaufwand von Fahnen und brachten aus den Nachbarorten eine ganze Reihe von Deputationen auf den Plan. Wie schon gemeldet, hatten die Kommunisten vor dem Abmarsch des Leichenzuges Protest erhoben gegen das Spielen von religiösen Liedern und Choralen, sowie gegen die Teilnahme der Geistlichkeit an der Trauerfeier. Aber sie wurden auch hier kurz abgewiesen.

Am Grabe sprach nach den Vertretern des evangelischen und des katholischen Bekenntnisses der Prediger der Freireligiösen Gemeinde, der sich in starken Ausfällen und Angriffen gegen andere Dentende erging. Es war die Abmachung getroffen, daß keinerlei Propaganda irgendwelcher Art bei den Reden gemacht würde und alle anderen Redner hatten ihre Reden vorher festgelegt. Nur der freireligiöse Redner hatte das verweigert. Schließlich wurden seine Ausfälle so stark daß Unruhe entstand und daß man dann den Redner von hinten am Rocke zupfte, um ihn auf das Taktlose seines Benehmens aufmerksam zu machen.

Zu ernsteren Zwischenfällen schien es aber ganz am Schluß der Trauerfeier zu kommen. Als die offizielle Feier vorbei war und man an das Einbecken der Särge ging, ergriff an dem Grabe des Kommunisten Zander ein Gesinnungsgenosse von ihm plötzlich das Wort, um eine wüste Brandrede zu halten. Dieser Bruch aller Abmachungen rief bei den Umstehenden große Empörung hervor. Es bedurfte des energischen Einschreitens der besonnenen Ordnet, um zu verhindern, daß diese Mißstimmung in Tätlichkeiten ausartete.

Räumung das nächste Ziel.

Ein Beschluß der freien Gewerkschaften.

Köln, 11. April. (W. T. B.)

In Dortmund tagte, nach der „Kölnischen Zeitung", eine Konferenz der freien Gewerkschaften aus dem besetzten Gebiet, in der zu der augenblicklichen Lage Stellung genommen wurde. Einstimmig wurde eine Entschließung angenommen, die über die Haltung in den Kreisen der freien Gewerkschaften unterrichtet. Danach heben die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, Angestellten und Beamten des Ruhrgebiets nach wie vor auf dem Standpunkt, daß der Einbruch des französischen und belgischen Militärismus in das Ruhrgebiet mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln des passiven Widerstandes abgewehrt werden muß. Die Konferenz erwartet von der Regierung, daß sie jede sich bietende Gelegenheit benutzt, um den Abwehrkampf zu einem günstigen Abschluß zu bringen. Die Räumung des Ruhrgebietes muß im Vordergrund aller Verhandlungen stehen und als nächstes Ziel erreicht werden.

Keine U-Bootmotoren bei Benz.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung".

✱ **Mannheim**, 11. April.

Bekanntlich sind die Motorenwerke A.-G. vorm. Benz, Abteilung stationärer Motorenbau, seit kurzem von französischen Truppen besetzt und der Betrieb ruht seitdem. Am Montag war nun auf Veranlassung des deutschen Auswärtigen Amtes eine Kommission der nautischen interalliierten Kommission im Werk, die schon früher dort kontrolliert hatte. Das Auswärtige Amt hatte die Direktion benachrichtigt, daß die Kommission kommen würde, und daß ihr weitestgehendes Entgegenkommen bewiesen und jede Aufklärung erteilt werden solle. Das ist auch geschehen. Der Kommission, die unter Führung eines Italieners stand, gehörte noch ein Engländer und ein Franzose an. Die französische Besatzung im Werk gab die Erlaubnis, die Maschinen zu besichtigen und **die Kommission stellte nach zweistündiger Untersuchung fest, daß es sich um keine U-Boot-Maschinen handle.**

Traub vor dem Staatsgerichtshof.

Bericht für die „Vossische Zeitung".

✱ **Leipzig**, 11. April.

Vor dem zweiten (süddeutschen) Senat des Staatsgerichts in Leipzig hatte sich heute der ehemalige Pfarrer Gottfried Traub, Aufenthaltsort zurzeit Solln bei München, wegen seines am 6. Mai 1922 in der „München-Augsburger Abendzeitung" veröffentlichten Artikels „Der Zwang zur Lüge" zu verantworten. Der Artikel befaßte sich mit einem Empfangsabend des Reichspräsidenten im Februar 1921, der zur Aufklärung über die Greuelpropaganda des Auslandes dienen sollte. Im Verlaufe des Abends brachte der Direktor der Lautabteilung der Staatsbibliothek in Berlin, Wilhelm Doegen, Lautaufnahmen aus etwa 175 deutschen Gefangenenlagern zur Vorführung. Anknüpfend an eine im „Reichsanzeiger" des Grafen Reventlow aufgestellten, verleumderischen Behauptung, daß bei dieser Gelegenheit der Reichspräsident die Marseillaise (!) und die englische Volkshymne (!) habe spielen lassen, schrieb Traub, dem Reichspräsidenten sei danach alles mögliche zuzutrauen. Er sei außerdem der vollen Ueberzeugung, daß die Revolutionsregierung geboren den sei, in der Kriegsschuldfrage die Wahrheit nicht zu sagen.

In der Verhandlung erklärte der Angeklagte, erhabe sich überzeugt, daß er die Vorgänge beim Empfangsabend vom 2. Februar 1921 in vollständig entstellter Weise wiedergegeben habe und daß deshalb der aus dieser Darstellung gezogene Schluß, der Reichspräsident habe bei jener Gelegenheit eine vaterlandswidrige Gesinnung an den Tag gelegt, eine der Wirklichkeit widersprechende schwere Kränkung des Reichspräsidenten enthalte. Er erkläre sein Bedauern darüber und sei bereit, diese Erklärung in einer der nächsten Nummern der München-Augsburger Abendzeitung abzugeben.

Englands Wohnungsnot.

Bericht für die „Vossische Zeitung".

✱ **London**, 6. April.

Die Unzufriedenheit mit der Sozialfürsorge der englischen Regierung, die in der gestrigen Unterhausabstimmung zum Ausdruck kam, hat ihre tiefste Ursache in der chronischen Wohnungsnot. Die nachstehenden Ausführungen unseres Londoner Berichterstatters dürfen deshalb besonderes Interesse beansprechen.

Während die meisten englischen Minister sich auf dem Land oder an der See von den Strapazen der ersten Monate der diesjährigen Parlamentstagung erholen, ist der erst kurz vor Ostern neu ernannte Wohlfahrtsminister Neville Chamberlain, ein jüngerer Sohn des berühmten Kolonialpolitikers „Joe" Chamberlain, damit beschäftig, das neue Bauzuschußgesetz auszuarbeiten. Der geschäftlich besonders befähigte Erbe des Birminghamer Kleineisen-Fabrikanten soll jenes von seinem Wohlfahrtsminister bisher entdeckte Zaubermittel besitzen, das England von der schier unerträglichen Wohnungsnot befreien soll.

Man bekommt jetzt in England, wenn man nicht in der Lage ist, einen phantastischen Preis für den Kauf eines Hauses anzulegen, weder als Junggeselle noch als Ehemann oder Vater eine unmöblierte und nur zu fast unerschwinglichen Preisen bei einigem Glück eine möblierte Wohnung. Durchstreift man die Straßen und Vorstädte Londons, so sieht man an den Häusern sehr häufig das Schild „Zu verkaufen". Trifft man einmal das Schild „Zu vermieten", so folgt meist der ominöse Nachsatz „nur für Bürozwecke". Nichts kennzeichnet das Mißverhältnis so deutlich wie eine kürzlich für London veröffentlichte Statistik, aus der hervorging, daß an einem Stichtage in Großlondon etwas über 18 000 meist nur für gewerbliche Zwecke benutzbare Räume unvermietet waren, während der Bedarf an Wohnungen die Hunderttausend bei weitem überschritt. In England, Schottland und Wales besteht zurzeit ein Fehlbetrag von etwa 400 000 Wohnungen, eine Ziffer, die in ihrer sozialpolitischen Tragweite verschärft wird durch die Tatsache, daß von den zurzeit bewohnten Wohnungen und provisorischen Unterkunftsmöglichkeiten — Holzbaracken, Sommerwohnungen und Lehmhütten — ein wesentlicher Prozentsatz als hygienisch und technisch unbewohnbar bezeichnet werden muß.

Der neue Wohlfahrtsminister muß die schwierige Aufgabe lösen, binnen kurzer Zeit etwa drei Viertelmillion neue und dauerhafte Wohnungen zu schaffen. Diese Aufgabe ist weniger von organisatorisches und technisches als vielmehr ein volkswirtschaftliches Problem. Unter den Arbeitslosen befinden sich über hunderttausend Bauarbeiter, die jederzeit zur Verfügung stehen. Baumaterialien und Holz ist auch genügend vorhanden. Was fehlt, ist das Privatkapital, das bereit ist, Bauten zu finanzieren. Je nach ihrer politischen Einstellung führen die Unterhausfraktionen diese Stellungnahme des Kapitalmarktes auf verschiedene Gründe zurück. Die Konservativen und die Lloyd-George-Liberalen betrachten die Abneigung der Geldgeber, Bauten zu finanzieren, als eine unvermeidliche Kriegsfolge. Der im Kriege völlig abgewirtschaftete Kapitalbedarf der großen Selbstverwaltungsgebiete, der südamerikanischen Republiken, die sich in London fairer behandelt glauben als in New York, und der englischen Industriegesellschaften biete jedem Anlagesuchenden unendlich viel reizvollere Anlagemöglichkeiten als der Markt für Baukredite. Bis dieser Kapitalbedarf gedeckt sei, müsse versucht werden, durch Bauzuschüsse der Regierung die Bautätigkeit zu beleben.

Hier setzt nun die insbesondere von Philipp Snowden außerordentlich wirkungsvoll vorgetragene Kritik der Arbeiterpartei ein. Es wird die Frage aufgeworfen, warum das Bauen von Mietshäusern ein unvorteilhaftes Geschäft geworden sei. Die Arbeiterpartei beantwortet sie mit zwei Feststellungen.

a) Die Kosten eines Neubaues sind trotz der niedrigen Löhne der Bauarbeiter heute in England höher als der allgemeine Preisindex — gemessen an Vorkriegspreisen —, weil Produzentenkartelle einem natürlichen Preisabbau für Baumaterialien erfolgreich entgegenarbeiten.

b) Da die Kosten eines Neubaues gegenüber dem Preisindex zu hoch sind, müßte der Arbeiter und der kleine Angestellte aus einem Gehalt, das durch den drastischen Lohnabbau der letzten Jahre zu tief gedrückt ist, einen unerschwinglich großen Anteil für Miete ausgeben, wenn das heute benötigte Baukapital nur eine angemessene Verzinsung finden soll.

Snowden berechnet, daß, zu den heutigen Baukosten berechnet, jede neu erbaute Arbeiterwohnung ohne Steuern dem Wirt an reiner Miete jahr Schilling die Woche einbringen müsse. Dieser Betrag stellt aber ein Viertel bis ein Drittel des durchschnittlichen englischen Wochenlohnes dar. Für die Arbeiterpartei gibt es daher nur zwei Rezepte: Staatssubventionen für den Bau der Häuser und Preisregelung auf dem Baumaterialienmarkt.

Nach dem, was über die Grundlinien des Chamberlainschen Entwurfes bekannt geworden ist, beabsichtigt die Regierung,